

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

PREMIERMINISTER JUNCKER IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL – EUROPAMINISTERIN MÜLLER ÜBERREICHT BAYERISCHE EUROPAMEDAILLE

Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, hat den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, *Jean-Claude Juncker*, am 20.04.2011 mit der Medaille für besondere Verdienste um Bayern in einem vereinten Europa (Bayerische Europamedaille) ausgezeichnet. In der Laudatio würdigte die Ministerin *Juncker* als leidenschaftlichen Politiker und überzeugten Europäer, der sein herausragendes Verhandlungsgeschick bei den wichtigsten Weichenstellungen der EU in den vergangenen Jahrzehnten stets in den Dienst der europäischen Sache gestellt habe. Im Anschluss war Premierminister *Juncker* Hauptredner bei einer Veranstaltung der Europäischen Bewegung in der Bayerischen Vertretung zum Thema „Economic Governance – From crisis to resolution, from monetary to economic union?“. Weitere Redner waren Staatsministerin *Müller*, EP-Präsident a.D., *Pat Cox*, und der Vorsitzende des EP-Umweltausschusses, *Jo Leinen*.

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-1417.10342699/index.htm>

ERWEITERUNG: KROATIEN SCHLIESST ZWEI WEITERE VERHANDLUNGSKAPITEL – STILLSTAND DER VERHANDLUNGEN MIT DER TÜRKEI

Bei der Sitzung der Beitrittskonferenz EU-Kroatien auf Ministerebene am 19.04.2011 wurden zwei weitere wichtige Verhandlungskapitel geschlossen: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Kapitel 11) sowie Regionalpolitik und Koordination der Strukturförderung (Kapitel 22). Ungarns Außenminister *Martonyi* bestätigte erneut die Unterstützung der Präsidentschaft für den von der kroatischen Regierung angestrebten Abschluss der Verhandlungen im Juni 2011. Keine Fortschritte wurden dagegen bei einer weiteren Sitzung des EU-Türkei-Assoziationsrats am 19.04.2011 erzielt.



GEMEINSAMES TRANSPARENZREGISTER: EP-VERFASSUNGS-AUSSCHUSS GEGEN GLEICHSTELLUNG VON LANDESVERTRETUNGEN MIT PRIVATEN LOBBYISTEN

Der Konstitutionelle Ausschuss des EP hat am 19.04.2011 über den Bericht von MdEP *Casini* (EVP/Italien) abgestimmt, mit dem das EP zum Entwurf eines Gemeinsamen Transparenzregisters von Kommission und EP Stellung bezieht. Zahlreiche Änderungsanträge mit dem Ziel, eine Gleichstellung von Landesvertretungen mit privaten Lobbyisten abzulehnen, waren zu drei Kompromissänderungsanträgen zusammengefasst worden, die jeweils eine deutliche Mehrheit erhielten. Parallel zu den Beratungen des Ausschusses hat eine Arbeitsgruppe unter Leitung von EP-Präsident *Buzek* Beratungen zur Überarbeitung der für Abgeordnete und Lobbyisten geltenden Verhaltenskodizes aufgenommen. Das EP-Plenum wird am 11.05.2011 über den *Casini*-Bericht abstimmen.

DONAUSTRATEGIE VOM RAT GEBILLIGT

Der Rat hat am 13.04.2011 Schlussfolgerungen zu der EU-Strategie für den Donauroaum angenommen, die die Kommission im Dezember 2010 vorgeschlagen hatte. Die Donaustrategie soll vom Europäischen Rat (ER) am 24.06.2011 abschließend angenommen werden (s. hierzu Bericht des StMWIVT in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 11./12.04.2011: INNENPOLITIK

- Italien scheidet mit Forderung nach Umverteilung von Flüchtlingen aus Nordafrika;
- Breite Unterstützung für Vorschlag zur Anwendung eines EU-PNR-Systems auf innereuropäische Flüge;
- Rat stimmt besserem Status für anerkannte Flüchtlinge zu;
- Kommission kündigt Mitteilung zu EU-TFTP an.

KOMMISSION LEGT JAHRESBERICHT ZUR ANWENDUNG DER GRUNDRECHTE-CHARTA VOR

Die Kommission hat am 31.03.2011 den ersten Jahresbericht zur Anwendung



der EU-Charta der Grundrechte veröffentlicht. Darin kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Grundrechte in vielen Politikbereichen von großer Bedeutung sind. Der Bericht macht deutlich, dass die Öffentlichkeit ein großes Interesse an der Grundrechte-Charta hat, viele Unionsbürger sich aber nicht ausreichend über die Charta informiert fühlen und verbreitet Missverständnisse über deren Anwendungsbereich bestehen.

http://ec.europa.eu/justice/policies/rights/docs/report_EU_charter_FR_2010_en.pdf

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR WEITERENTWICKLUNG DES BINNENMARKTES

Die Kommission hat am 13.04.2011 eine Mitteilung zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes verabschiedet, in der sie aus 50 zur Diskussion gestellten Maßnahmen des „Single Market Act“ zwölf für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts besonders bedeutsame Themengebiete hervorhebt. Dabei wird pro Bereich jeweils eine Maßnahme genannt, die die Kommission vorrangig umsetzen möchte. Unter anderem wird eine Modernisierung des Rechtsrahmens für die öffentliche Auftragsvergabe sowie ein Rechtsrahmen für Dienstleistungskonzessionen vorgeschlagen.

http://ec.europa.eu/internal_market/smact/docs/20110413-communication_de.pdf

VEREINBARUNG ZUR DATENSCHUTZ-FOLGENABSCHÄTZUNG BEI RFID UNTERZEICHNET

Die Kommission hat am 06.04.2011 eine freiwillige Vereinbarung mit der Industrie, der Zivilgesellschaft, der ENISA (Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit) sowie den für den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz zuständigen europäischen Aufsichtsbehörden unterzeichnet, um für die europäischen Unternehmen Leitlinien zur Berücksichtigung von Datenschutzaspekten bei Funketiketten (RFID - Radio Frequency Identification Devices) vor deren Inverkehrbringen festzulegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/418&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KOMMISSION LEGT EU-PATENTVERORDNUNGEN VOR

Die Kommission hat am 13.04.2011 die angekündigten VO-Vorschläge zum EU-Patent im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit vorgelegt. Derzeit nehmen 25 Mitgliedsstaaten (d. h. alle außer Spanien und Italien) daran teil. Die Kommission schlägt einen einheitlichen Patentschutz für das Hoheitsgebiet der teilnehmenden 25 Mitgliedstaaten vor. Das EU-Patent soll vom Europäischen Patentamt in München (EPA) geprüft und in einer seiner Amtssprachen, also in Englisch, Französisch oder Deutsch erteilt werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/20110413-proposal-enhanced-cooperation_de.pdf

http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/20110413-proposal-translation-arrangements_de.pdf

JI-RAT AM 11./12.04.2011 IN LUXEMBURG

Der Ji-Rat am 11./12.04.2011 traf im rechtspolitischen Teil keine Entscheidungen. Behandelt wurden lediglich laufende Gesetzgebungsarbeiten. Zu den Dossiers zur Richtlinie über die Bekämpfung der Kinderpornographie und zur Richtlinie über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren erstattete die Präsidentschaft jeweils einen Bericht über den Stand der Verhandlungen im Trilog mit Parlament und Kommission. Ansonsten sind noch diese Tagesordnungspunkte hervorzuheben:

- Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme,
- Opferschutz.

VERBRAUCHERSCHUTZ: ÜBERARBEITUNG DER FLUGPASSAGIER-VERORDNUNG GEPLANT

Die Kommission kündigte am 10.04.2011 eine Konsultation zu einer Überarbeitung der Verordnung für Flugreisende von 2004 an. Unter anderem müssten Fragen zur Haftung bei außergewöhnlichen Umständen geklärt werden, zur Angemessenheit der Ausgleichsleistungen, zur effektiven Umbuchung sowie zu Passagierrechten bei Gepäckproblemen und Änderungen des Flugplans.



BERICHT ZUR EINZIEHUNG VON KRIMINELL ERWORBENEM VERMÖGEN

Innenkommissarin *Cecilia Malmström* hat am 12.04.2011 den Bericht der Kommission über die Arbeitsweise der Vermögensabschöpfungsstellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität vorgestellt.

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/1_DE_ACT_part1_v3.pdf

BERICHT ZUM EU-HAFTBEFEHL

Der Bericht der Kommission vom 11.04.2011 zum EU-Haftbefehl zeigt zwar weitere Verbesserungsmöglichkeiten auf, stellt jedoch dem EU-Haftbefehl ein gutes Zeugnis aus. Insbesondere hat sich die Zeit des Auslieferungsverfahrens wesentlich verkürzt.

http://ec.europa.eu/justice/policies/criminal/extradition/docs/com_2011_175_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIE- STEUERRICHTLINIE

Die Kommission hat am 13.04.2011 ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vorgelegt. Aus Sicht der Kommission geben die derzeitigen Mindeststeuersätze Anreize für eine ineffiziente Energienutzung und führen zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Die Energiesteuer soll daher aus Sicht der Kommission umgestaltet werden. Der Mindeststeuersatz soll künftig in zwei Komponenten aufgeteilt werden. Die erste Komponente knüpft an die CO₂-Emissionen des Energieerzeugnisses an, die zweite an den Energieinhalt - gemessen in Gigajoule (GJ). Die Verabschiedung des Richtlinienvorschlags erfordert Einstimmigkeit im Rat. Ob Deutschland dem Vorschlag zustimmen wird, ist vor allem wegen der Änderung in der Besteuerung der Kraftstoffe noch unklar. Das Bundesfinanzministerium sieht u. a. die Anknüpfung an den Energieinhalt sehr kritisch, weil Diesel pro Liter wegen seines höheren Energiegehaltes höher als Ottokraftstoff besteuert werden müsste. Auch durch die neue CO₂-Komponente könne es zu steuerlichen Mehrbelastungen kommen. Frau Staatsministerin *Müller* hat sich in einer Pressemitteilung ebenfalls kritisch zur Anhebung des Mindeststeuersatzes für Diesel geäußert.



http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES INFORMELLEN ECOFIN-RATES VOM 08./09.04.2011 IN GÖDÖLLÖ/UNGARN

Zentrales Thema der informellen Sitzung des ECOFIN-Rates war der von Portugal am 06.04.2011 gestellte Antrag auf Gewährung von Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm. Der Finanzbedarf Portugals wird auf etwa 75 bis 80 Mrd. € geschätzt. Kommission, EZB und IWF verhandeln derzeit mit Portugal ein striktes Anpassungsprogramm, das Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ist. Ausgangspunkt der Verhandlungen ist das im portugiesischen Parlament Ende März gescheiterte Sparprogramm. Ziel ist eine Einigung über das Anpassungsprogramm mit den relevanten politischen Parteien in Portugal, um die politische Akzeptanz des Programms in Portugal, trotz der anstehenden Neuwahlen, sicherzustellen. Die Verhandlungen sollen bis Mitte Mai abgeschlossen werden. Das Rettungspaket und das zugrundeliegende Anpassungsprogramm für Portugal dürften zentrales Thema der Sitzungen der Eurogruppe am 16.05.2011 und des ECOFIN-Rates am 17.05.2011 sein.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/121401.pdf

KOMMISSIONSENTWURF ZUM EU-HAUSHALT 2012

Die Kommission hat am 20.04.2011 ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2012 veröffentlicht. Die Mittel für Zahlungen betragen nach dem Kommissionsvorschlag 132,7 Mrd. € (+ 4,9 % gegenüber 2011), die Verpflichtungsermächtigungen sind mit 147,4 Mrd. € (+ 3,7 % gegenüber 2011) dotiert. Rund 6 % des EU-Haushalts werden für Verwaltungsausgaben der EU-Organe aufgewendet. Um den derzeitigen Konsolidierungsbemühungen in den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, hat die Kommission ihre Verwaltungsausgaben für 2012 eingefroren. Der gleichwohl sehr deutliche Anstieg bei den Zahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen basiert vor allem auch darauf, dass die mit Beginn des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2007 eingeleiteten EU-Förderprogramme inzwischen in vollem Gange sind. Der Rat wird voraussichtlich im Juni zum Haushaltsentwurf Stellung nehmen, die Stellungnahme des EP ist für Oktober geplant. Sollten sich Rat und EP nicht einigen können, kommt es zu einem 21-tägigen Vermittlungsverfahren, an dem die



Kommission als Vermittlerin beteiligt ist. Im November soll der Haushaltsplan 2012 vom EP endgültig festgestellt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/499&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KONFERENZ ZU EU-PROJEKT BONDS

Im Rahmen der noch bis 02.05.2011 laufenden Konsultation zu EU-Projektbonds fand am 11.04.2011 in Brüssel eine von der Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) organisierte Konferenz mit hochrangigen Rednern und Diskussionsteilnehmern aus Wirtschaft und Politik statt. *Olli Rehn*, Kommissar für Wirtschaft und Währung, bezifferte den Finanzbedarf für Investitionen in Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur auf 1,5 bis 2 Billionen €. Mit den Projektbonds sollen private und öffentliche Mittel zur Finanzierung großer Infrastruktur-Projekte zusammengebracht werden, indem über den EU-Haushalt, bzw. über die EIB, ein Teil des mit der Finanzierung der Infrastrukturprojekte verbundenen Risikos übernommen wird. Einen konkreten Vorschlag zur Projektbonds-Initiative wird die Kommission bis Juni 2011 unterbreiten. Staatsminister *Fahrenschon* hat die Projektbonds-Initiative der Kommission in der Presse nachdrücklich kritisiert, weil Projektbonds den Einstieg in die Verschuldung des EU-Haushalts bedeuten würden.

http://ec.europa.eu/economy_finance/events/2011/2011-04-11-conference_on_the_europe_2020_project_bond_initiative/index_en.htm

MITTEILUNG ZUR STÄRKUNG DER QUALITÄT DER EUROPÄISCHEN STATISTIKEN

Die Kommission hat am 15.04.2011 eine Mitteilung zur Stärkung der Qualität der europäischen Statistiken veröffentlicht. Nach Maßnahmen wie der Einführung eines Verhaltenskodex für europäische Statistiken oder der Erweiterung der Befugnisse von Eurostat, um die Statistiken der öffentlichen Finanzen bei dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit besser zu kontrollieren, ist dies ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Qualität und Zuverlässigkeit der europäischen Statistiken. In Bezug auf die Qualität der öffentlichen Finanzstatistiken wird vorgeschlagen, von einem korrektiven zu einem eher präventiv ausgerichteten Konzept überzugehen. Durch Maßnahmen, wie eine weitere Standardisierung der Haushaltsdaten und eine umfassendere Risikobewertung, sollen Risiken bereits in einem frühen Stadium besser identifiziert, beur-



teilt und überwacht werden können.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality/documents/COM-2011-211_Communication_Quality_Management_DE.pdf

ABSTIMMUNG IM ECON-AUSSCHUSS DES EP ÜBER DAS LEGISLATIVPAKET ZUR STÄRKEREN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Der ECOFIN-Rat hatte bereits in seiner Sitzung am 15.03.2011 eine politische Einigung zum Legislativpaket zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung erreicht. Das Paket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Am 19.04.2011 fand im ECON-Ausschuss des EP die Abstimmung über die Berichte zu den sechs Legislativvorschlägen statt. Mit den vom ECON-Ausschuss angenommenen Berichten werden die sechs Legislativvorschläge der Kommission im Wesentlichen unterstützt. Der Ausschuss spricht sich allerdings für eine stärkere Rolle der Kommission in den Defizitverfahren und in den Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte aus. Der Ausschuss fordert zudem automatischere Sanktionsmechanismen. Die von der Kommission vorgeschlagene stärkere Berücksichtigung des Schuldenstandskriteriums im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird vom ECON-Ausschuss des EP im Wesentlichen unterstützt. In den nächsten Wochen stehen die Verhandlungen zwischen EP und Rat an. Eine Einigung soll bis Ende Juni erzielt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18102/html/Smarter-and-tougher-economic-governance-dominate-key-committee-votes>

KOMMISSION BESTIMMT ZWÖLF VORRANGIGE BEREICHE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES BINNENMARKTS („SINGLE MARKET ACT“) UND FORDERT DIE UMSETZUNG DER JEWEILIGEN SCHLÜSSELMASSNAHMEN BIS ENDE 2012

Am 13.04.2011 hat die Kommission eine Mitteilung zur Weiterentwicklung des Binnenmarkts verabschiedet, in der sie aus den 50 zur Diskussion gestellten Maßnahmen des „Single Market Act“ vom 27.10.2010 zwölf für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts besonders bedeutsame Themengebiete identifiziert. Pro Bereich möchte sie für eine Schlüsselmaßnahme noch im Jahr 2011 konkrete Vorschläge vorlegen, deren Annahme durch Rat und EP sie sich bis



Ende 2012 erhofft (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/469&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION BESTIMMT ZWÖLF VORRANGIGE BEREICHE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES BINNENMARKTS („SINGLE MARKET ACT“) UND FORDERT DIE UMSETZUNG DER JEWEILIGEN SCHLÜSSELMASSNAHMEN BIS ENDE 2012

Am 13.04.2011 hat die Kommission eine Mitteilung zur Weiterentwicklung des Binnenmarkts verabschiedet, in der sie aus den 50 zur Diskussion gestellten Maßnahmen des „Single Market Act“ vom 27.10.2010 zwölf für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts besonders bedeutsame Themengebiete identifiziert. Pro Bereich möchte sie für eine Schlüsselmaßnahme noch im Jahr 2011 konkrete Vorschläge vorlegen, deren Annahme durch Rat und EP sie sich bis Ende 2012 erhofft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/469&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT SEGNET DONAUSTRATEGIE POLITISCH AB

Am 13.04.2011 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Donaustrategie angenommen und diese makroregionale Strategie damit politisch abgesegnet. Sie bestätigen den Ansatz der Kommission in der Mitteilung vom Dezember 2010, etwa durch die Betonung der drei „Neins“ (keine neuen Finanzmittel, keine neuen Strukturen, keine neuen Rechtsakte). Hingegen sollen bestehende Instrumente und Mittel über die Strategie effizienter genutzt werden können. Die Nationalen Kontaktstellen und die Koordinatoren für die Themenprioritäten werden aufgefordert, nun in die Phase der Umsetzung einzusteigen und sich untereinander und mit den jeweiligen Partnern in anderen Teilnehmerstaaten zu vernetzen. Die Kommission solle eine Führungsrolle bei der Koordinierung einnehmen, und die Umsetzung unterstützen, etwa durch die Förderung des Austauschs von „best practices“.

<http://www.eu2011.hu/de/print/rat-erteilt-strategie-fur-die-donauregion-seinen-segen>



KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE FÜR DAS EINHEITLICHE EU-PATENT VOR

Die Kommission hat am 13.04.2011 das angekündigte Paket zweier Verordnungsvorschläge zum EU-Patent im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit vorgelegt; gemäß Art. 118 AEUV muss das Sprachenregime in einer eigenen Verordnung neben dem Rechtsakt mit den Bestimmungen über den Patentschutz selbst geregelt werden. Derzeit nehmen 25 Mitgliedsstaaten (d. h. alle außer Spanien und Italien) an der verstärkten Zusammenarbeit teil, zu der der Rat am 10.03.2011 den entsprechenden Ermächtigungsbeschluss gefasst hatte. Das zukünftige EU-Patent soll vom Europäischen Patentamt in München (EPA) geprüft und in einer seiner Amtssprachen, also in Englisch, Französisch oder Deutsch, erteilt werden. Die Patentanmeldungen können in einer beliebigen Sprache eingereicht werden, müssen dann aber kostenpflichtig in eine dieser Sprachen übersetzt werden. Dabei erhalten Patentanmelder, die ihren Sitz in der EU haben und ihre Patentanmeldungen in einer anderen Sprache als einer der drei EPA-Amtssprachen einreichen, einen Ausgleich für die Übersetzung. Der Preis für ein EU-weites Patent soll von bisherigen 32.000 € in der Übergangszeit auf unter 2.500 € und schließlich auf etwa 680 € sinken. Noch offen ist die Frage, wie die europäische Patentgerichtsbarkeit ausgestaltet werden soll. Der EuGH war in einem am 08.03.2011 veröffentlichten Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass die Pläne für ein einheitliches Patentgerichtswesen nicht mit Unionsrecht vereinbar seien (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/470&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ABSTIMMUNG IM ECON-AUSSCHUSS DES EP ÜBER DAS LEGISLATIVPAKET ZUR STÄRKEREN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Der ECOFIN-Rat hatte bereits in seiner Sitzung am 15.03.2011 eine politische Einigung zum Legislativpaket zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung erreicht. Das Paket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Am 19.04.2011 fand im ECON-Ausschuss des EP die Abstimmung über die Berichte zu den sechs Legislativvorschlägen statt. Mit den vom ECON-Ausschuss angenommenen Berichten werden die sechs Legislativvorschläge der



Kommission im Wesentlichen unterstützt. Der Ausschuss spricht sich allerdings für eine stärkere Rolle der Kommission in den Defizitverfahren und in den Verfahren wegen übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte aus. Der Ausschuss fordert zudem automatischere Sanktionsmechanismen. Die von der Kommission vorgeschlagene stärkere Berücksichtigung des Schuldenstandskriteriums im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird vom ECON-Ausschuss des EP im Wesentlichen unterstützt. In den nächsten Wochen stehen die Verhandlungen zwischen EP und Rat an. Eine Einigung soll bis Ende Juni erzielt werden (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18102/html/Smarter-and-tougher-economic-governance-dominate-key-committee-votes>

MITTEILUNG ZU INTELLIGENTEN NETZEN („SMART GRIDS“) VORGELEGT

Am 12.04.2011 hat die Kommission die Mitteilung zu intelligenten Stromnetzen („Smart Grids“) mit dem Titel „Intelligente Stromnetze: von der Innovation zur Realisierung“ vorgelegt. Sie kündigt darin Maßnahmen in den Bereichen technische Standards, Datenschutz für die Verbraucher, Anreizsetzung im geltenden Rechtsrahmen (insbesondere Elektrizitäts-Richtlinie (2009/72/EG) und Energie-Dienstleistungs-Richtlinie (2006/32/EG)), Sicherung von Transparenz und Wettbewerb im Endkundenmarkt sowie Förderung relevanter Innovation an. Die Kommission geht davon aus, dass Verbraucher durch intelligente Netze und intelligente Zähler („smart meters“) ihren Energieverbrauch um bis zu 10 % senken können. Endkunden sollen dabei ihren Verbrauch in „Echtzeit“ analysieren und daraufhin ihre Verhaltensmuster anpassen können. Auch Netzbetreiber und Energieversorger könnten nach Ansicht der Kommission durch „smart grids“ Effizienzgewinne erzielen.

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/smartgrids/doc/20110412_act_de.pdf

VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIE- STEUERRICHTLINIE

Die Kommission hat am 13.04.2011 ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vorgelegt. Aus Sicht der Kommission geben die derzeitigen Mindeststeuersätze Anreize für eine ineffiziente Energienutzung und



führen zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Die Energiesteuer soll daher aus Sicht der Kommission umgestaltet werden. Der Mindeststeuersatz soll künftig in zwei Komponenten aufgeteilt werden. Die erste Komponente knüpft an die CO₂-Emissionen des Energieerzeugnisses an, die zweite an den Energieinhalt - gemessen in Gigajoule (GJ). Die Verabschiedung des Richtlinienvorschlags erfordert Einstimmigkeit im Rat. Ob Deutschland dem Vorschlag zustimmen wird, ist vor allem wegen der Änderung in der Besteuerung der Kraftstoffe noch unklar. Das Bundesfinanzministerium sieht u.a. die Anknüpfung an den Energieinhalt sehr kritisch, weil Diesel pro Liter wegen seines höheren Energiegehaltes höher als Ottokraftstoff besteuert werden müsste. Auch durch die neue CO₂-Komponente könne es zu steuerlichen Mehrbelastungen kommen. Frau Staatsministerin *Müller* hat sich in einer Pressemitteilung ebenfalls kritisch zur Anhebung des Mindeststeuersatzes für Diesel geäußert (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

EUROPÄISCHE WOCHE FÜR NACHHALTIGE ENERGIE IN BRÜSSEL

In der Woche vom 11. - 15.04.2011 fand zum fünften Mal die Europäische Woche für nachhaltige Energie (European Sustainable Energy Week – EUSEW) statt. Unter dem Motto „Intelligente Energie für eine nachhaltige Zukunft“ wurden in den Mitgliedstaaten insgesamt rund 700 Veranstaltungen zum Thema „Nachhaltige Energie für Europa“ mit circa 30.000 Teilnehmern organisiert. In Brüssel wurde die Themenwoche am 12.04.2011 durch eine Rede von Energiekommissar *Günther Oettinger* eröffnet, in der er die zukünftige Energiestrategie vorstellte, die sich vor allem auf eine stärkere Förderung der Energieeffizienz in der EU bezieht. Parallel zur Aktionswoche veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zu intelligenten Energienetzen („smart grids“) und zur Revision der Energiesteuer-Richtlinie, die separat in diesem EB behandelt werden (s. auch die Beiträge des StMUG und StMF in diesem EB).

<http://www.eusew.eu/>

<http://www.eusew.eu/images/pdf/SEE-2011-Programme.pdf>

KONSULTATION ZUR ÜBERWACHUNG UND BERICHTERSTATTUNG SOWIE ZUR AKKREDITIERUNG UND PRÜFUNG IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN EMISSIONSHANDELSSYSTEMS

Am 15.04.2011 hat die Kommission eine Konsultation zu zwei zukünftigen



Verordnungen im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems eingeleitet. Sie betreffen die Überwachung und Berichterstattung sowie die Akkreditierung und Prüfung. Der Erlass der Verordnungen muss gemäß Art. 14 f. der Richtlinie 2003/87/EG, wie sie durch die neue Emissionshandelsrichtlinie 2009/29/EG eingefügt wurden, bis zum 31.12.2011 erfolgen. Die neuen Verordnungen sollen in erster Linie zu größerer Kohärenz, Transparenz, Zuverlässigkeit und Kostenwirksamkeit beitragen. Mit den Fragen möchte die Kommission Meinungen über die Relevanz und möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften einholen. Die Konsultationsfrist endet am 10.06.2011.

http://ec.europa.eu/clima/consultations/0010/index_en.htm

VERKEHRSAUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUR EUROVIGNETTE AN

Am 12.04.2011 hat der Verkehrsausschuss des EP (TRAN) den Entwurf einer Empfehlung für die zweite Lesung zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG (sog. „Wegekosten-Richtlinie“, auch „Eurovignetten-Richtlinie“ genannt) mit 27 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 11 Enthaltungen angenommen. Berichterstatter ist *Saïd El Khadraoui* (S&D/Belgien). Zentraler Gegenstand des Vorhabens ist die Einbeziehung externer Kosten in die Mautberechnung für schwere Nutzfahrzeuge. Das Dossier ist zwischen Rat und EP in einigen Punkten stark umstritten, auch innerhalb des EP gibt es widerstreitende Auffassungen. Zentrale Streitpunkte sind die Zweckbindung der Einnahmen, die Anlastung von Staukosten und die Erstreckung des Anwendungsbereichs auf Fahrzeuge unter 12 t. (zulässiges Gesamtgewicht). Der nun angenommene Text nimmt zu einigen Punkten eine Kompromisshaltung ein und soll so eine Einigung mit dem Rat ermöglichen. Ob Mitgliedstaaten eine Straßenmaut unter Einbeziehung externer Kosten überhaupt einführen wollen, bleibt jedoch ohnehin ihnen überlassen. Wenn sie sich dazu entschließen, muss die Maut jedoch den Vorgaben der Richtlinie entsprechen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110411IPR17408/html/Wegekostenrichtlinie-Kompromiss-f%C3%BCr-eine-faire-Lkw-Maut>

BAUBEGINN DES BRENNER-BASISTUNNELS MIT VIZEPRÄSIDENT KALLAS UND KOORDINATOR COX

Am 18.04.2011 fand in Innsbruck ein Festakt anlässlich des offiziellen Baubeginns des neuen Brenner-Basistunnels statt, dem auch *Siiim Kallas*, für Ver-



kehr zuständiger Vizepräsident der Kommission, und *Pat Cox*, Europäischer Koordinator für die geplante Schienenachse mit hoher Kapazität zwischen Berlin und Palermo, beiwohnten. Das Projekt mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 8 Mrd. €, von denen die EU 12,5 % trägt, soll bis zum Jahr 2025 fertiggestellt sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/483&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION KÜNDIGT WEITERENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER FLUGGASTRECHTE AN UND STELLT EVALUIERUNG DER GELTENDEN RECHTSLAGE VOR

Am 11.04.2011 hat der für Verkehr zuständige Vizepräsident der Kommission, *Siim Kallas*, die Bewertung der ersten sechs Anwendungsjahre der Verordnungen zu Fluggastrechten (Verordnung (EG) Nr. 261/2004) und zu Rechten von Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität (Verordnung (EG) Nr. 1107/2006) vorgestellt. Als Reaktion auf die Ergebnisse kündigte er dabei eine Auslegungsleitlinie für die Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 an, um deren einheitliche und effektive Anwendung in ganz Europa zu verbessern. Hier gebe es bisher größere Defizite. Zugleich kündigte *Kallas* die Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 für das Jahr 2012 an; noch in diesem Jahr sollen dazu eine öffentliche Konsultation eingeleitet und eine Folgenabschätzung vorgelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/232&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER BEIHILFELEITLINIEN FÜR DIE BREITBANDFÖRDERUNG

Die Kommission hat am 19.04.2011 eine Konsultation zur Überarbeitung der beihilferechtlichen Leitlinien zur Breitbandförderung aus dem Jahr 2009 eingeleitet. Diese sehen eine Überprüfung spätestens drei Jahre nach ihrer Veröffentlichung vor, d. h. bis zum 30.09.2012. In dem Fragebogen will die Kommission Erfahrungen bei der Anwendung der geltenden Leitlinien abfragen und eine Grundlage für die Überarbeitung schaffen. Themen sind u. a. die Technologie- und Marktentwicklung bei hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen, die Ausgestaltung der Zugangsbedingungen für geförderte Netze der nächsten Generation, die Verbesserung der Transparenz sowie die Rolle der nationalen



Regulierungsbehörden. Die Konsultation läuft bis zum 31.08.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/493&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU EINER INNOVATIONSPARTNERSCHAFT FÜR ROHSTOFFE

Am 15.04.2011 hat die Kommission eine Konsultation zu einer möglichen Innovationspartnerschaft zu Rohstoffen gestartet. Sie betrifft nur nicht-energetische und nicht-agrarische Rohstoffe. Die Kommission sieht Innovation in verschiedenen Feldern als einen entscheidenden Baustein, um die Sicherheit der Rohstoffversorgung in der EU auch in Zukunft zu gewährleisten. In der Konsultation geht die Kommission von drei möglichen Handlungsoptionen aus: Die Förderung der Entwicklung innovativer Produkte und Technologien, geeignete regulatorische Rahmenbedingungen und schließlich die Felder Normung und öffentliches Beschaffungswesen. Ziele einer Innovationspartnerschaft seien eine effiziente und sichere Rohstoffgewinnung in der EU, Verbesserungen bei der Wiederverwertung, das Erforschen möglicher Substitute für bestimmte Rohstoffe und die Steigerung der Ressourceneffizienz. Beiträge können bis zum 27.05.2011 übermittelt werden.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/background-paper-pc-ip_en.pdf

KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUTS (ETI)

Am 14.04.2011 startete die Kommission ihre öffentliche Konsultation zur zukünftigen Strategie des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (ETI). Bis zum 30.06.2011 können Interessente und betroffene Akteure zur bisherigen und künftigen Arbeit des ETI Stellung nehmen. Die Ergebnisse der Konsultation werden ebenso wie eine Evaluation des ETI durch externe Experten in eine „strategische Innovationsagenda“ der Kommission einfließen, die im Dezember 2011 veröffentlicht werden und die wichtigsten Prioritäten des Instituts bis 2020 umreißen soll. Schwerpunktthemen sind der Auftrag und die Ziele des Instituts, seine Finanzierung und künftige Fördergebiete. Das ETI fördert internationale Spitzenleistungen und verfügt bis 2013 über einen Finanzrahmen von 309 Mio. € (s. auch Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=OPCEITSIA>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 14.04.2011 IN LUXEMBURG

Am 14.04.2011 fand der Agrarrat in Luxemburg statt. Die Minister führten eine Aussprache über den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse („Qualitätspaket“). Die meisten Delegationen unterstützen die Aufnahme spezieller Regelungen für Produkte aus Berggebieten in das Qualitätspaket, sie wiesen jedoch auf die nötigen Definitionen und Kriterien dafür hin. Es wurde keine Mehrheit für oder gegen die Wiedezulassung des Fungizid-Wirkstoffs Carbendazim (Wiederaufnahme in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG) gefunden. Aus Konsequenz daraus kann nun die Kommission über die Wiedezulassung entscheiden. Der Rat wurde über eine gemeinsame Erklärung der EU-Binnenstaaten informiert, in der künftig eine stärkere Rolle von Süßwasseraquakulturen und Binnenfischerei im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gefordert wird. Dabei kam auch das Thema Kormoran zur Sprache, das die Kommission als ernstes Problem bezeichnete. Außerdem standen die Vorstellung eines Mechanismus zur Bewältigung von Preisvolatilität bei landwirtschaftlichen Rohstoffen, insbesondere für Schweinefleisch, die laufenden Handelsgespräche mit den Mercosur-Staaten und die Auswirkungen von Kursänderungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Entwicklungsländer auf der Tagesordnung. Pressemitteilung zum Agrarrat vom 14.04.2011 und weitere Unterlagen unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/121551.pdf

EP-AGRARAUSSCHUSS AM 12.04.2011: DEBATTE ZUM *DESS*-BERICHT

Bei der Sitzung des Agrarausschusses des EP am 12.04.2011 in Brüssel wurden die Änderungsanträge zum Berichtsentwurf von MdEP *Albert Deß* (EVP, Deutschland) über die Kommissionsmitteilung „Die GAP bis 2020“ diskutiert. *Deß* gab einen Überblick über die eingegangenen 1267 Änderungsanträge (ÄA) und stellte mögliche Kompromisse vor. Der Abbau von Bürokratie sei neben Umweltmaßnahmen ein wichtiges Thema der Reform. Kritik wurde darüber laut, dass die Diskussion im EP zu wenig konkret geführt werde (S&D). Die Vertreter anderer Fraktionen merkten auch an, dass viele ÄA aus der EVP-



Fraktion kämen. Von den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen wurden Bürokratieabbau, Umweltmaßnahmen, Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Themen für den EP-Bericht genannt. Der Vertreter der Kommission stellte fest, dass weitgehende Einigkeit bei den Zielen der zukünftigen GAP bestehe. Die Schlüsselthemen seien: (1) Zielgenauere Unterstützung, (2) Umweltmaßnahmen und (3) Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Es sei wichtig, sich von einem System der traditionellen Unterstützung hin zu einer Unterstützung von Grundeinkommen und öffentlichen Gütern zu bewegen.

Bericht und Änderungsanträge unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftReportsCom/comparlDossier.do?dossier=AGRI%2f7%2f04498&body=AGRI&language=DE>

GERD SONNLEITNER ZUM NEUEN PRÄSIDENTEN DES COPA GEWÄHLT

Gerd Sonnleitner wurde am 07.04.2011 für die Amtszeit 2011 - 2013 zum Präsidenten des COPA (Committee of Professional Agricultural Organisations = Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) gewählt. *Sonnleitner* ist seit 1991 Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) und seit 1997 Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Bereits in den Jahren 2001 - 2003 war der Landwirt aus Ruhstorf an der Rott (Landkreis Passau) Präsident des COPA, seit 2007 erster stellvertretender Präsident des COPA. Als höchster Vertreter löst er nun den Iren *Padraig Walshe* ab, dessen Amtszeit endet. Dem COPA gehören 60 Mitgliedsorganisationen aus der EU sowie 36 Partnerorganisationen aus anderen europäischen Ländern wie Island, Norwegen, der Schweiz und der Türkei an. Die Dachorganisation gilt damit als wichtigste Interessenvertretung der europäischen Landwirte.

Pressemitteilung von COPA-COGECA unter:

<http://www.copa-cogeca.be/Main.aspx?page=HomePage&lang=de>

KOMMISSION FORDERT 530 MIO. € AGRARGELDER VON DEN MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK

Die Kommission hat am 15.04.2011 von insgesamt zehn Mitgliedstaaten EU-Agrargelder in Höhe von 530 Mio. € zurückgefordert. Gründe hierfür sind die Nichteinhaltung von Agrarvorschriften oder unzureichende Kontrollverfahren. Die Mitgliedstaaten tragen die Verantwortung für Auszahlung und Prüfung der Gelder, die Kommission ist verpflichtet, die Mitgliedstaaten zu kontrollieren. Die



zur Rückzahlung verpflichteten Staaten sind Griechenland, Spanien, Rumänien, Vereinigtes Königreich, Bulgarien, Niederlande, Dänemark, Frankreich, Italien und Portugal. Zusammengenommen wurden die meisten Mängel bei der Verwendung der Flächenbeihilfen und im Obst- und Gemüse-sektor festgestellt, dabei entfallen insgesamt die höchsten Rückforderungen auf Griechenland mit 259,61 Mio. € und Spanien mit 108,21 Mio. €. Die zurückgeforderten Gelder fließen anschließend in den EU-Haushalt zurück. Deutschland erhielt dagegen eine Erstattung von ca. 0,5 Mio. € aufgrund einer Unregelmäßigkeit im Rahmen der Verordnung des Rats 1290/2005 zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/476&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Angaben zur Funktionsweise des Rechnungsabschlusses:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/178&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE STUDIE ZU ASYNCHRONEN GVO-ZULASSUNGEN

Laut der am 01.04.2011 veröffentlichten Studie zu asynchronen GVO-Zulassungen, die von der Kommission im Dezember 2010 in Auftrag gegeben wurde, könnte die EU wichtige Handelsbeziehungen zu Futtermittellieferanten wie den USA, Argentinien und Brasilien verlieren, wenn GVO-Zulassungen in Drittländern deutlich schneller erfolgen als in der EU. Die Untersuchung wurde vom Agricultural Economics Research Institute (LEI) und dem Plant Research Institute (PRI), beide Wageningen University and Research Centre, sowie dem Economics and Management of Agrobiotechnology Center (EMAC) an der University of Missouri durchgeführt.

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/asynchronous-gmo-approvals/index_en.htm

EUROPÄISCHE STUDIE BEWERTET STICKSTOFFEMISSIONEN

Am 11.04.2011 wurde im Rahmen der Konferenz „Nitrogen and Global Change“, die vom 11.04. - 14.04.2011 in Edinburgh stattfand, die europäische Stickstoffstudie „European Nitrogen Assessment – Sources, Effects and Policy Perspectives“ (ENA) vorgestellt. Demnach könnte die übermäßige Stickstoff-



belastung von Luft und Wasser jedem europäischen Bürger bis zu 750 € (Gesamtkosten: 320 Mrd. € pro Jahr) kosten. Nach dem ENA sind deshalb bedeutende Veränderungen beim Einsatz von Düngemitteln sowie eine Reduzierung des Fleischkonsums nötig. Im ENA wurden die Gefahren von Ungleichgewichten im Stickstoffhaushalt, wie die Beschleunigung des Klimawandels und der Rückgang von Biodiversität, zum ersten Mal ökonomisch bewertet. Die Studie wurde von 200 Experten aus 21 Staaten und 89 Organisationen durchgeführt.

European Nitrogen Assessment (ENA) unter:

<http://www.nine-esf.org/ENA-Book>

ENERGIESTEUERRICHTLINIE-VORSCHLAG ZUR BESTEUERUNG VON AGRARKRAFTSTOFF

Die Kommission hat am 14.04.2011 einen Vorschlag für die Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vorgelegt. Ziele der Kommission sind die Steigerung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung umweltfreundlicherer Erzeugnisse und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Der Mindeststeuersatz soll künftig in eine CO₂-Komponente (Besteuerung auf der Grundlage der CO₂-Emissionen des Energieerzeugnisses) und eine Komponente Energieinhalt (Besteuerung auf Grundlage der tatsächlichen Energie, die in einem Erzeugnis enthalten ist) aufgeteilt werden. Für Kraftstoff, der in der Landwirtschaft, in der Aquakultur und im Gartenbau verwendet wird, sollen auch nach der Änderung der Energiesteuerrichtlinie niedrigere Mindeststeuersätze gelten. Allerdings sollen auch hier Umweltkriterien zu Grunde gelegt werden um sicherzustellen, dass auch der Agrarsektor zur Steigerung der Energieeffizienz beiträgt. Die Mitgliedstaaten könnten also auch nach Inkrafttreten der überarbeiteten Energiesteuerrichtlinie (laut Kommission für 2013 geplant) den Primärsektor steuerlich begünstigen, während gleichzeitig für eine einheitlichere Besteuerung des Sektors gesorgt werden sollte, für den derzeit ein buntes Gemisch von Steuerbefreiungen gelte (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

Vorschlag der Kommission und weitere Unterlagen unter:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

KOMMISSIONSENTWURF ZUM EU-HAUSHALT 2012

Die Kommission hat am 20.04.2011 ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2012



veröffentlicht. Die Mittel für Zahlungen betragen nach dem Kommissionsvorschlag 132,7 Mrd. € (+ 4,9 % gegenüber 2011), die Verpflichtungsermächtigungen sind mit 147,4 Mrd. € (+ 3,7 % gegenüber 2011) dotiert. Rund 6 % des EU-Haushalts werden für Verwaltungsausgaben der EU-Organen aufgewendet. Um den derzeitigen Konsolidierungsbemühungen in den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, hat die Kommission ihre Verwaltungsausgaben für 2012 eingefroren. Der gleichwohl sehr deutliche Anstieg bei den Zahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen basiert vor allem auch darauf, dass die mit Beginn des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2007 eingeleiteten EU-Förderprogramme inzwischen in vollem Gange sind. Aus Sicht der Kommission ist eine Aufstockung der Haushaltsmittel für 2012 erforderlich, um den im Rahmen dieser Programme eingegangenen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Zahlungsermächtigungen im Bereich „Nachhaltiges Wachstum“ (Wettbewerbsfähigkeit, Kohäsion) steigen um 8,3 %. Die Ausgaben in der Rubrik 2 (Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen, inklusive Gemeinsame Agrarpolitik und ländliche Entwicklung) steigen um 2,8 % und sind damit nach wie vor der größte Ausgabeposten bei den Zahlungsermächtigungen. Die Ausgaben im Bereich „Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht“ steigen um 3,7 % (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/499&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

GERICHT DER EU: BEDÜRFTIGENHILFSPROGRAMM 2009 IST RECHTSWIDRIG

Am 13.04.2011 erklärte das Gericht der Europäischen Union (EuG) das Hilfsprogramm für Bedürftige für das Jahr 2009 für rechtswidrig. Geklagt hatte Deutschland mit Unterstützung von Schweden gegen die Kommission, die von Spanien, Frankreich, Italien und Polen unterstützt wurde. Das Urteil besagt, dass die Kommission im Widerspruch zu Artikel 27 der Verordnung über die einheitliche Gemeinsame Marktordnung (GMO) gehandelt habe. Darin wird festgelegt, dass die verteilten Lebensmittel aus Interventionsbeständen stammen müssen, außer wenn sie zeitweise nicht verfügbar sind. Die Ausnahmeregelung muss jedes Jahr neu beurteilt werden und soll im laufenden Jahr die Kontinuität des Programms gewährleisten. Im Jahr 2009 stammten allerdings lediglich 10 % der im Programm verteilten Lebensmittel aus Interventions-



beständen. Dem Vernehmen nach hat das Urteil keine Auswirkungen für 2010 und 2011, da in diesen Jahren ausreichend Interventionsbestände zur Verfügung standen/stehten, jedoch könnte es Auswirkungen auf den Haushalt des Programms von 2012 haben. Innerhalb von zwei Monaten kann zu Rechtsfragen Einspruch eingelegt werden. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz begrüßte das Urteil und betonte, dass das Hilfsprogramm für Bedürftige hauptsächlich soziale politische Ziele erfülle und daher klar von der Gemeinsamen Agrarpolitik zu trennen sei (s. EB 16/10).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62008A0576:DE:HTML>

Urteil und weitere Dokumente unter:

www.curia.eu dort unter „Nr. der Rechtssache“ 576/08 eingeben

SOZIOÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DES GVO-ANBAUS – BERICHT DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 15.04.2011 den seit Sommer 2010 erwarteten Bericht zur Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen des Anbaus von GVO (genetisch veränderte Organismen) veröffentlicht. Die Kernaussage des Berichts „über die sozioökonomischen Auswirkungen des Anbaus von GVO auf der Grundlage der Beiträge der Mitgliedstaaten gemäß den Schlussfolgerungen des Rates Umwelt vom Dezember 2008“ lautet, dass die bislang vorhandenen Informationen statistisch nicht aussagekräftig und verlässlich sind bzw. die Meldungen der Mitgliedstaaten häufig auf bereits vorgefassten Meinungen beruhen, die die innenpolitischen Debatten widerspiegeln. Zur Verbesserung der Datenqualität und zur Auflösung dieser Problematik schlägt die Kommission vor, den Bericht als Ausgangspunkt für eine vertiefte Gesamtdiskussion mit allen Beteiligten zu nutzen und einen umfassenden Reflexionsprozess einzuleiten. Hierfür sei es zuerst erforderlich, verlässliche und solide Faktoren sowie Indikatoren zur Beschreibung des Themenkomplexes zu entwickeln (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Bericht:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/reports_studies/docs/socio_economic_report_GMO_de.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm



GESUNDHEITSAUSSCHUSS DES EP FORDERT KLARERE REGELUNGEN FÜR DIE KENNZEICHNUNG VON LEBENSMITTELN

Am 19.04.2011 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP in zweiter Lesung über den Verordnungsvorschlag zu Lebensmittelinformationen abgestimmt. Ziel der Verordnung ist es v. a., Verbrauchern bessere Informationen zur Verfügung zu stellen, damit sie bewusste Kaufentscheidungen treffen und sich ausgewogen ernähren können. Lebensmittelunternehmer sollen verpflichtet werden, auf der Packungsrückseite eines Produkts in einem Nährwertkasten Angaben zum Energiewert in Kalorien und dem jeweiligen Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Salz, Zucker, Eiweiß und Transfettsäuren zu machen. Auf der Produktvorderseite können freiwillig weitere Angaben gemacht bzw. wiederholt werden. In diesem Punkt haben die Abgeordneten ihre Haltung gegenüber der ersten Lesung geändert, in der sie noch für eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite eingetreten sind (EB 06/10 und 12/10). Das Plenum des EP wird im Juli über den Verordnungsvorschlag abstimmen. Danach ist eine Einigung mit dem Rat herbeizuführen, bevor die neuen Vorschriften in Kraft treten können (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18101/html/Food-labelling-Environment-Committee-sets-out-clearer-rules>

EUGH URTEILT IM VERFAHREN UM SÜSSSTOFF STEVIA

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 14.04.2011 im Vorabentscheidungsverfahren C-327/09 sein Urteil erlassen, in dem es im Kern um die Beurteilung und das Inverkehrbringen von Lebensmitteln ging, die den natürlichen Süßstoff Stevia enthalten. Im Ausgangsrechtsstreit zwischen der Mensch und Natur AG und dem Freistaat Bayern hatte eine lokale Behörde es der Mensch und Natur AG verboten, bestimmte Teesorten, in denen Bestandteile von Stevia-Blättern als Süßungsmittel verwendet wurden, in den Verkehr zu bringen. Das Verbot war damit begründet, dass in der Zusammensetzung der Teesorten Stevia enthalten sei und die Kommission in einer vorhergehenden Entscheidung die Zulassung von Stevia als neuartiges Lebensmittel in der EU abgelehnt habe. Diese Entscheidung der Kommission war allerdings nicht gegenüber der Mensch und Natur AG ergangen, sondern allein gegenüber einer anderen Person, die bei den zuständigen belgischen Behörden die Zulassung



von Stevia als neuartigem Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 beantragt hatte (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=7&mdatefs=4&ydatefs=2011&ddatefe=14&mdatefe=4&ydatefe=2011&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

EFSA BEWERTET VIERTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 08.04.2011 nach drei Reihen von Gutachten vom 01.10.2009, 25.02. und 19.10.2010 eine vierte Folge von wissenschaftlichen Bewertungen von insgesamt 442 gesundheitsbezogenen Angaben, sogenannte „health claims“ im Sinne von Art. 13 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel, abgeschlossen (s. EB 18/2010). Mittlerweile sind damit 2.187 von 4.637 zu überprüfenden Angaben beurteilt. Bis Ende Juni wird die EFSA voraussichtlich ihre Stellungnahmen für nichtpflanzliche Substanzen (noch ca. 600) abschließen, damit die Kommission im Anschluss daran für solche Stoffe die nach der Verordnung zu erstellende Positivliste zugelassener Vermarktungsaussagen zusammen mit den Mitgliedstaaten verabschieden kann (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/nda110408.htm>

GRENZWERTE FÜR RADIOAKTIVE BELASTUNG IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN AUS JAPAN GESENKT

Mit Änderungsverordnung vom 11.04.2011 hat die Kommission die vielfach kritisierten Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebens- und Futtermitteln aus Japan, die in die EU eingeführt werden sollen, gesenkt. Zuvor hatten die Mitgliedstaaten am 08.04.2011 in der Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der neuen Durchführungsverordnung (EU) Nr. 351/2011 mit Sondervorschriften für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln mit Ursprung oder Herkunft Japan nach dem Kernkraftunfall in Fukushima zugestimmt. Die Radioaktivitätshöchstwerte für



bestimmte Radionuklide wurden damit an die in Japan geltenden Werte vorläufig angepasst, um einheitliche Maßstäbe bei den Kontrollen von Sendungen vor ihrer Ausfuhr in Japan und bei ihrer Einfuhr in die EU anzuwenden. Die bisherigen, in der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 vom 25.03.2011 vorgesehenen Kontrollmaßnahmen an den Außenkontrollstellen der EU für Sendungen aus Japan sind weiterhin durchzuführen (s. EB 07/11 sowie Beitrag des StMUG in diesem EB).

Neue Durchführungsverordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:097:0020:0023:DE:PDF>
E

Zusatzinformation zur Sicherheit japanischer Lebensmittelimporte:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/225&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUM EUROPÄISCHEN BINNENMARKT VOR

Am 13.04.2011 legte die Kommission eine Binnenmarktakte zur Verbesserung der Effizienz des Binnenmarktes vor. Sie ist das Resultat der Konsultation zur Mitteilung „Auf dem Weg zu einer Binnenmarktakte“ vom 27.10.2010 (EB 18/10) und sieht zwölf prioritäre Maßnahmen vor, die den Binnenmarkt ab 2012 nachhaltig stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in denselben festigen sollen (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/469&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EP: DEBATTE ÜBER ZUKUNFT DER SOZIALDIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE

Der federführende Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten debattierte am 14.04.2011 über den Initiativbericht des irischen Abgeordneten *Proinsias De Rossa* (S&D) zur Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse. Auf Grundlage von Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26 soll



nun eine Verordnung zur Förderung der sozialen Ziele der EU geschaffen werden. Die insgesamt 285 Änderungsanträge, die zu dem Initiativbericht des Abgeordneten eingereicht worden sind, zeigen das große Interesse und die Wichtigkeit des Themas. Am 25.05.2011 soll über die Änderungsanträge abgestimmt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-438.251+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU ELEKTRONISCHEN GESUNDHEITSDIENSTEN

Die Kommission hat eine Online-Konsultation zur Verbesserung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitsbereich gestartet. Damit möchte sie im Vorfeld der Erstellung des Aktionsplans für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020 eruieren, wie die EU dazu beitragen kann, mithilfe von eHealth-Technologien die Qualität und Effizienz der Gesundheitssysteme zu steigern. Themenschwerpunkte sind Vorteile und Möglichkeiten elektronischer Gesundheitsdienste, Verbesserung der Interoperabilität, Lösung rechtlicher Fragen und damit Erhöhung der Rechtssicherheit sowie Förderung von Innovationen. Beiträge können bis zum 25.05.2011 eingereicht werden (s. hierzu auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/information_society/activities/health/ehealth_ap_consultation/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNGSBERICHT DER KOMMISSION – INDIKATOREN UND BENCHMARKS 2010: MITGLIEDSTAATEN VERFEHLEN ZIELE, ERZIELEN ABER GUTE FORTSCHRITTE

Dem jährlich erscheinenden Bildungsbericht der Kommission zufolge ist es den EU-Mitgliedstaaten im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gelungen, ihre Bildungssysteme kontinuierlich zu verbessern. Zwar werden die ursprünglich für 2010 gesetzten Ziele der EU-Bildungsminister überwiegend verfehlt, doch konnten in den Kernbereichen der Bildungssysteme zum Teil große Fortschritte erzielt werden. Vor diesem Hintergrund geht die Kommission davon aus, dass die für 2020 vereinbarten Ziele im Wesentlichen erreicht werden können.



Deutschland hat in allen Bereichen, in denen für das Jahr 2020 neue Ziele vereinbart wurden, Fortschritte erzielt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

NEUES EXPERTENNETZWERK SOLL KOMMISSION BEI SOZIALEN ASPEKTEN IM BILDUNGSBEREICH BERATEN

Ein neu eingerichtetes Expertennetzwerk auf dem Gebiet sozialer Aspekte der allgemeinen und beruflichen Bildung (NESET) soll die Kommission künftig bei der Analyse von bildungspolitischen Maßnahmen und Reformen beraten. Gleichstellung sowie Inklusion in und durch Bildung sollen dabei die zentralen Themen des Netzwerks sein.

http://ec.europa.eu/education/news/news2887_de.htm

RAT BILLIGT EU-STRATEGIE FÜR DEN DONAURAUM: VERMEHRUNG VON WOHLSTAND DURCH VERBESSERUNG DER BILDUNG

Die vom Rat gebilligte EU-Strategie für den Donauraum, die vorrangig wirtschafts- und umweltpolitische Ziele verfolgt, sieht auch vor, den Wohlstand in der Region durch die Verbesserung der Bildung und durch Investitionen in Qualifikationen zu vermehren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/472&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUR ZWISCHEN-EVALUIERUNG DES PROGRAMMS „JUGEND IN AKTION“

Zur Halbzeit des Programms „Jugend in Aktion“ (2007-2013) hat die Kommission einen Zwischenevaluierungsbericht veröffentlicht, der auch Empfehlungen für die Ausgestaltung eines Nachfolgeprogramms enthält. Der Schwerpunkt der Evaluierung, die insbesondere die Relevanz, Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit des Programms untersuchte, lag auf den dezentralisierten (Unter-)Aktionen des Programms.

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/youth/2011/interimsum_de.pdf

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/evalreports/youth/2011/interimreport_en.pdf



ONLINE-KONSULTATION ZU SPEZIELLEM JUGENDAUSWEIS IM RAHMEN VON „JUGEND IN BEWEGUNG“

im Herbst 2010 kündigte die Kommission an, einen speziellen Jugendausweis einzuführen, um zu einer schnelleren Integration mobiler Lernender im Ausland beizutragen. In diesem Zusammenhang führt die Kommission bis zum 04.06.2011 eine Online-Konsultation durch.

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/yom_en.html

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUTS (ETI) GESTARTET

Am 14.04.2011 startete die Kommission ihre öffentliche Konsultation zur zukünftigen Strategie des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (ETI). Bis zum 30.06.2011 können Interessenten und betroffene Akteure zur bisherigen und künftigen Arbeit des ETI Stellung nehmen. Die Ergebnisse der Konsultation werden ebenso wie eine Evaluation des ETI durch externe Experten in eine „strategische Innovationsagenda“ der Kommission einfließen, die im Dezember 2011 veröffentlicht werden und die wichtigsten Prioritäten des Instituts bis 2020 umreißen soll. Schwerpunktthemen sind der Auftrag und die Ziele des Instituts, seine Finanzierung und künftige Fördergebiete. Die Konsultation erlaubt sowohl die Einsendung von Positionspapieren als auch die Beantwortung von insgesamt 45 Fragen, bei denen aber im Wesentlichen nur die Gewichtung bestimmter Aspekte abgefragt wird.

Website der Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/jpm/forms/dispatch?form=OPCEITSIA>

BAYERISCHES NATIONALMUSEUM ERHÄLT EU-PREIS FÜR KULTURERBE

Ein Restauratorenteam des Bayerischen Nationalmuseums in München erhält in diesem Jahr den Preis der EU für das Kulturerbe/Europa-Nostra-Preis. Die Preisverleihung findet am 06.06.2011 in Amsterdam statt. Dieser Kulturpreis wird von der Kommission gemeinsam mit Europa Nostra, einem Dachverband für Nichtregierungsorganisationen, vergeben. Die 27 Preisträger wurden aus rund 140 Bewerbern aus 31 Ländern ausgewählt. Das bayerische Projekt wird in der Kategorie „Erhaltung“, einer von vier Unterkategorien, ausgezeichnet.



Die Restauratoren des Bayerischen Nationalmuseums erhalten den Preis für die von ihnen gewonnenen neuen Erkenntnisse in der Restaurierung von Barockmöbeln in der Boule-Technik. Bei dieser Technik werden Möbeloberflächen mit Materialien wie Schildpatt, Messing und Zinn veredelt.

<http://www.europanostra.org/news/151/>

KOMMISSION LEGT EU-PATENTVERORDNUNGEN VOR

Die Kommission hat am 13.04.2011 die angekündigten VO-Vorschläge zum EU-Patent im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit vorgelegt. Derzeit nehmen 25 Mitgliedstaaten (d. h. alle außer Spanien und Italien) daran teil. Der Rat verabschiedete den entsprechenden Ermächtigungsbeschluss am 10.03.2011. Es handelt sich nach der ROM-III-VO um das zweite Gesetzgebungsverfahren in diesem Rahmen. Die vorgeschlagenen Verordnungen enthalten Bestimmungen zu den Voraussetzungen für den Erhalt eines einheitlichen Patentschutzes, zu seiner Rechtswirkung und zu den anzuwendenden Übersetzungsregelungen (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

KONSULTATION ZU ELEKTRONISCHEN GESUNDHEITSDIENSTEN

Die Kommission hat eine Online-Konsultation zur Verbesserung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitsbereich gestartet. Damit möchte sie im Vorfeld der Erstellung des Aktionsplans für elektronische Gesundheitsdienste 2012 - 2020 eruieren, wie die EU dazu beitragen kann, mithilfe von eHealth-Technologien die Qualität und Effizienz der Gesundheitssysteme zu steigern. Themenschwerpunkte sind Vorteile und Möglichkeiten elektronischer Gesundheitsdienste, Verbesserung der Interoperabilität, Lösung rechtlicher Fragen und damit Erhöhung der Rechtssicherheit sowie Förderung von Innovationen. Beiträge können bis zum 25.05.2011 unter unten stehendem Link eingereicht werden. Sie sollen in dem bis Ende 2011 auszuarbeitenden Aktionsplan Berücksichtigung finden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Öffentliche Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ehap2012&lang=en>

Aktionsplan:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/health/ehealth_ap_consultation/index_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR DONAUSTRATEGIE

Am 13.04.2011 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten Schlussfolgerungen zur Donaustrategie angenommen und diese makroregionale Strategie damit politisch abgesegnet. Sie bestätigen den Ansatz der Kommission in der Mitteilung vom Dezember 2010, etwa durch die Betonung der drei „Neins“ (keine neuen Finanzmittel, keine neuen Strukturen, keine neuen Rechtsakte). Die Nationalen Kontaktpunkte und die Koordinatoren für die Themenprioritäten werden aufgefordert, nun in die Phase der Umsetzung einzusteigen und sich untereinander und mit den jeweiligen Partnern in anderen Teilnehmerstaaten zu vernetzen. Die Donaustrategie muss jetzt noch im Juni vom ER angenommen werden. Bereits von 08.-10.05.2011 organisiert die ungarische Ratspräsidentschaft ein Treffen in Gödöllő, an dem nationale Kontaktstellen der Donaustrategie und die Koordinatoren der Prioritätsgebiete teilnehmen und über die Umsetzung beraten werden. Bis Ende 2012 soll die Kommission einen ersten Fortschrittsbericht über laufende und geplante Projekte vorlegen, im Jahr 2013 dann einen allgemeinen Zwischenbericht zur Mitteilung über die Donaustrategie und zum Aktionsplan. Weiterhin wird die Kommission aufgefordert, bis Juni 2013 das Grundkonzept makroregionaler Strategien zu präzisieren und den Mehrwert zu evaluieren (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.eu2011.hu/de/print/rat-erteilt-strategie-fur-die-donauregion-seinen-segen>

SOZIOÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DES GVO-ANBAUS – BERICHT DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 15.04.2011 den seit Sommer 2010 erwarteten Bericht zur Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen des Anbaus von GVO (genetisch veränderte Organismen) veröffentlicht. Die Kernaussage des Berichts „über die sozioökonomischen Auswirkungen des Anbaus von GVO auf der Grundlage der Beiträge der Mitgliedstaaten gemäß den Schlussfolgerungen des Rates Umwelt vom Dezember 2008“ lautet, dass die bislang vorhandenen Informationen statistisch nicht aussagekräftig und verlässlich sind bzw. die Meldungen der Mitgliedstaaten häufig auf bereits vorgefassten Meinungen beruhen, die die innenpolitische Debatten widerspiegeln. Zur Verbesserung der Datenqualität und zur Auflösung dieser Problematik schlägt die Kommissi-



on vor, den Bericht als Ausgangspunkt für eine vertiefte Gesamtdiskussion mit allen Beteiligten zu nutzen und einen umfassenden Reflexionsprozess einzuleiten. Hierfür sei es zuerst erforderlich, verlässliche und solide Faktoren sowie Indikatoren zur Beschreibung des Themenkomplexes zu entwickeln.

Bericht:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/reports_studies/docs/socio_economic_report_GMO_de.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

EUROPÄISCHE STUDIE ZU ASYNCHRONEN GVO-ZULASSUNGEN

Laut der am 01.04.2011 veröffentlichten Studie zu asynchronen GVO-Zulassungen (s. EB 13/09, 14/09 und 15/09), die von der Kommission im Dezember 2010 in Auftrag gegeben wurde, könnte die EU wichtige Handelsbeziehungen zu Futtermittellieferanten wie den USA, Argentinien und Brasilien verlieren, wenn GVO-Zulassungen in Drittländern deutlich schneller erfolgen als in der EU. Auch könnte der Preis für Sojabohnen um über 200 % steigen, wenn es bei Sojamehl zum Lieferungsstopp für die Hauptlieferanten der EU im Zuge von nicht zugelassenen GVO käme (s. hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/asynchronous-gmo-approvals/index_en.htm

MITTEILUNG ZU INTELLIGENTEN NETZEN („SMART GRIDS“) VORGELEGT

Am 12.04.2011 hat die Kommission die Mitteilung zu intelligenten Stromnetzen („smart grids“) mit dem Titel „Intelligente Stromnetze: von der Innovation zur Realisierung“ vorgelegt. Sie kündigt darin Maßnahmen in den Bereichen technische Standards, Datenschutz für die Verbraucher, Anreizsetzung im geltenden Rechtsrahmen (insbesondere Elektrizitäts-Richtlinie (2009/72/EG) und Energie-Dienstleistungs-Richtlinie (2006/32/EG)), Sicherung von Transparenz und Wettbewerb im Endkundenmarkt sowie Förderung relevanter Innovation an. Die Kommission geht davon aus, dass Verbraucher durch intelligente Netze und intelligente Zähler („smart meters“) ihren Energieverbrauch um bis zu 10 % senken können. Endkunden sollen dabei ihren Verbrauch in „Echtzeit“ analysieren und daraufhin ihre Verhaltensmuster anpassen können. Auch



Netzbetreiber und Energieversorger könnten durch „smart grids“ Effizienzgewinne erzielen (s. hierzu auch Bericht des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/smartgrids/doc/20110412_act_de.pdf

VORSCHLAG ZUR ÜBERARBEITUNG DER ENERGIESTEUERRICHTLINIE

Die Kommission hat am 13.04.2011 ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie vorgelegt. Ziele der Kommission sind die Steigerung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung umweltfreundlicherer Erzeugnisse und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Aus Sicht der Kommission geben die derzeitigen Mindestsätze Anreize für eine ineffiziente Energienutzung und führen zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt. Die Energiesteuer soll daher aus Sicht der Kommission umgestaltet werden. Der Mindeststeuersatz soll künftig in zwei Komponenten (CO₂-Ausstoß und Energiegehalt) aufgeteilt werden. Der Mindeststeuersatz soll 9,60 €/GJ für Kraftstoffe und 0,15 €/GJ für Brennstoffe betragen. Diese Systemumstellung würde u. a. dazu führen, dass die Mindeststeuerbeträge pro Liter Diesel allmählich die Mindeststeuerbeträge für Ottokraftstoff übersteigen (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/index_de.htm

EUROPÄISCHE WOCHE FÜR NACHHALTIGE ENERGIE IN BRÜSSEL

In der Woche vom 11. - 15.04.2011 fand zum fünften Mal die Europäische Woche für nachhaltige Energie (European Sustainable Energy Week – EUSEW) statt. Unter dem Motto „Intelligente Energie für eine nachhaltige Zukunft“ wurden in den Mitgliedstaaten insgesamt rund 700 Veranstaltungen zum Thema „Nachhaltige Energie für Europa“ mit circa 30.000 Teilnehmern organisiert. Parallel zur Aktionswoche veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zu intelligenten Energienetzen („smart grids“) und zur Revision der Energiesteuer-Richtlinie (s. hierzu auch die Beiträge des StMWIVT und des StMF in diesem EB).

<http://www.eusew.eu/>

<http://www.eusew.eu/images/pdf/SEE-2011-Programme.pdf>

EUROPÄISCHE STUDIE BEWERTET STICKSTOFFEMISSIONEN

Am 11.04.2011 wurde im Rahmen der Konferenz „Nitrogen and Global



Change“ die europäische Studie zu Stickstoffemissionen „European Nitrogen Assessment – Sources, Effects and Policy Perspectives“ (ENA) vorgestellt. Demnach könnte die übermäßige Stickstoffbelastung von Luft und Wasser aus Industrie, Landwirtschaft und Verkehr jedem europäischen Bürger bis zu 750 € (Gesamtkosten: 320 Mrd. € pro Jahr) kosten. Nach dem ENA sind deshalb bedeutende Veränderungen beim Einsatz von Düngemitteln sowie eine Reduzierung des Fleischkonsums nötig. Im ENA wurden die Gefahren von Ungleichgewichten im Stickstoffhaushalt, wie die Beschleunigung des Klimawandels und der Rückgang von Biodiversität, zum ersten Mal ökonomisch bewertet. Die Studie wurde von 200 Experten aus 21 Staaten und 89 Organisationen durchgeführt (s. hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

<http://www.nine-esf.org/ENA-Book>

KONSULTATION IM RAHMEN DES EUROPÄISCHEN EMISSIONS-HANDELSYSTEMS

Am 15.04.2011 hat die Kommission eine Konsultation zu zwei zukünftigen Verordnungen im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) eingeleitet. Sie betreffen die Überwachung und Berichterstattung sowie die Akkreditierung und Prüfung. Der Erlass der Verordnungen muss gemäß Art. 14 f. der Richtlinie 2003/87/EG, wie sie durch die neue Emissionshandelsverordnung 2009/29/EG eingefügt wurden, bis zum 31.12.2011 erfolgen. Die Konsultationsfrist endet am 10.06.2011 (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/clima/consultations/0010/index_en.htm

KONSULTATION ZU EINER INNOVATIONSPARTNERSCHAFT FÜR ROHSTOFFE

Am 15.04.2011 hat die Kommission eine Konsultation zu einer möglichen Innovationspartnerschaft zu Rohstoffen gestartet. Sie betrifft nur nicht-energetische und nicht-agrarische Rohstoffe. Ziele einer Innovationspartnerschaft seien eine effiziente und sichere Rohstoffgewinnung in der EU, Verbesserungen bei der Wiederverwertung, das Erforschen möglicher Substitute für manche Rohstoffe und die Steigerung der Ressourceneffizienz. Beiträge können bis zum 27.05.2011 übermittelt werden (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/background->



[paper-pc-ip_en.pdf](#)

KONSULTATION ZU ELEKTRONISCHEN GESUNDHEITSDIENSTEN

Die Kommission hat eine Online-Konsultation zur Verbesserung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitsbereich gestartet. Damit möchte sie im Vorfeld der Erstellung des Aktionsplans für elektronische Gesundheitsdienste 2012-2020 eruieren, wie die EU dazu beitragen kann, mithilfe von eHealth-Technologien die Qualität und Effizienz der Gesundheitssysteme zu steigern. Themenschwerpunkte sind Vorteile und Möglichkeiten elektronischer Gesundheitsdienste, Verbesserung der Interoperabilität, Lösung rechtlicher Fragen und damit Erhöhung der Rechtssicherheit sowie Förderung von Innovationen. Beiträge können bis zum 25.05.2011 hier eingereicht werden:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ehap2012&lang=en>.

Sie sollen in dem bis Ende 2011 auszuarbeitenden Aktionsplan Berücksichtigung finden.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/health/ehealth_ap_consultation/index_en.htm

GESUNDHEITSAUSSCHUSS DES EP FORDERT KLARERE REGELUNGEN FÜR DIE KENNZEICHNUNG VON LEBENSMITTELN

Am 19.04.2011 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP in zweiter Lesung über den Verordnungsvorschlag zu Lebensmittelinformationen abgestimmt. Ziel der Verordnung ist es v. a., Verbrauchern bessere Informationen zur Verfügung zu stellen, damit sie bewusste Kaufentscheidungen treffen und sich ausgewogen ernähren können. Lebensmittelunternehmer sollen verpflichtet werden, auf der Packungsrückseite eines Produktes in einem Nährwertkasten Angaben zum Energiewert in Kalorien und dem jeweiligen Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Salz, Zucker, Eiweiß und Transfettsäuren zu machen. Auf der Produktvorderseite können freiwillig weitere Angaben gemacht bzw. wiederholt werden. In diesem Punkt haben die Abgeordneten ihre Haltung gegenüber der ersten Lesung geändert, in der sie noch für eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite eingetreten sind (EB 06 und 12/10). Das Plenum des EP wird im Juli über den Verordnungsvorschlag abstimmen. Danach ist eine Einigung mit dem Rat herbeizuführen, bevor die



neuen Vorschriften in Kraft treten können.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18101/html/Food-labelling-Environment-Committee-sets-out-clearer-rules>

GRENZWERTE FÜR RADIOAKTIVE BELASTUNG IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN AUS JAPAN GESENKT

Mit Änderungsverordnung vom 11.04.2011 hat die Kommission die vielfach kritisierten Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebens- und Futtermitteln aus Japan, die in die EU eingeführt werden sollen, gesenkt. Zuvor hatten die Mitgliedstaaten am 08.04.2011 in der Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit der neuen Durchführungsverordnung (EU) Nr. 351/2011 mit Sondervorschriften für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln mit Ursprung oder Herkunft Japan nach dem Kernkraftunfall in Fukushima zugestimmt. Die Radioaktivitätshöchstwerte für bestimmte Radionuklide wurden damit an die in Japan geltenden Werte vorläufig angepasst, um einheitliche Maßstäbe bei den Kontrollen von Sendungen vor ihrer Ausfuhr in Japan und bei ihrer Einfuhr in die EU anzuwenden. Die bisherigen, in der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 vom 25.03.2011 vorgesehenen Kontrollmaßnahmen an den Außenkontrollstellen der EU für Sendungen aus Japan sind weiterhin durchzuführen (EB 07/11).

Neue Durchführungsverordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:097:0020:0023:DE:PDF>

Zusatzinformation zur Sicherheit japanischer Lebensmittelimporte:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/225&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EFSA BEWERTET VIERTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 08.04.2011 nach drei Reihen von Gutachten vom 01.10.2009, 25.02. und 19.10.2010 eine vierte Folge von wissenschaftlichen Bewertungen von insgesamt 442 gesundheitsbezogenen Angaben, sog. „health claims“ im Sinne von Art. 13 der Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel, abgeschlossen (EB 18/10). Mittlerweile



sind damit 2.187 von 4.637 zu überprüfenden Angaben beurteilt. Bis Ende Juni wird die EFSA voraussichtlich ihre Stellungnahmen für nichtpflanzliche Substanzen (noch ca. 600) abschließen, damit die Kommission im Anschluss daran für solche Stoffe die nach der Verordnung zu erstellende Positivliste zugelassener Vermarktungsaussagen zusammen mit den Mitgliedstaaten verabschieden kann.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/nda110408.htm>

EUGH URTEIL IM VERFAHREN UM SÜSSSTOFF STEVIA

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 14.04.2011 im Vorabentscheidungsverfahren C-327/09 sein Urteil erlassen, in dem es im Kern um die Beurteilung und das Inverkehrbringen von Lebensmitteln ging, die den natürlichen Süßstoff Stevia enthalten. Im Ausgangsrechtsstreit zwischen der Mensch und Natur AG und dem Freistaat Bayern hatte eine lokale Behörde es der Mensch und Natur AG verboten, bestimmte Teesorten, in denen Bestandteile von Stevia-Blättern als Süßungsmittel verwendet wurden, in den Verkehr zu bringen. Das Verbot war damit begründet, dass in der Zusammensetzung der Teesorten Stevia enthalten sei und die Kommission in einer vorhergehenden Entscheidung die Zulassung von Stevia als neuartiges Lebensmittel in der EU abgelehnt habe. Diese Entscheidung der Kommission war allerdings nicht gegenüber der Mensch und Natur AG ergangen, sondern allein gegenüber einer anderen Person, die bei den zuständigen belgischen Behörden die Zulassung von Stevia als neuartigem Lebensmittel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 beantragt hatte.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&jurcdj=jurcdj&newform=newform&docj=docj&docop=docop&docnoj=docnoj&typeord=ALLTYP&numaff=&ddatefs=7&mdatefs=4&ydatefs=2011&ddatefe=14&mdatefe=4&ydatefe=2011&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Rechercher>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EP: NEELIE KROES STELLT DERZEITIGE UND ANSTEHENDE PROJEKTE DER DIGITALEN AGENDA FÜR 2011 VOR

Neelie Kroes, Kommissarin für die Digitale Agenda, stellte am 11./12.04.2011 im EP den Ausschüssen für Kultur und Bildung bzw. für Industrie, Forschung



und Energie die aktuellen und kommenden Dossiers ihres Ressorts für das laufende Jahr vor. Ziel sei es v. a., die im September 2010 verabschiedeten Punkte wie Breitbandausbau, das Frequenzpolitische Programm (RSPP) und den Next Generation Access (NGA) voranzubringen. Das vom Kulturausschuss vorgebrachte fraktionsübergreifende Anliegen einer verstärkten Berücksichtigung der kulturellen Aspekte einschließlich der Rundfunkinteressen habe sie verstanden. Sie kündigte an, dies entsprechend zu würdigen. Nähere Informationen zu den aktuellen und kommenden Dossiers im Rahmen der Digitalen Agenda:

http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/index_en.htm

PROGRAMM FÜR DIE FREQUENZPOLITIK (RSTP): HÖKMARK-BERICHT IM INDUSTRIEAUSSCHUSS VERABSCHIEDET

Am Dienstag 12.04.2011 verabschiedete der Industrieausschuss des EP den Bericht von *Gunnar Hökmark* (EVP/SWE). Der Bericht, für den 46 Mitglieder stimmten, unterstützt den Ansatz der Kommission, bei der Frequenzpolitik eine stärkere europäische Harmonisierung anzustreben. Während die Mitgliedstaaten einer stärkeren Rolle der Kommission bei der Frequenzplanung in Europa teilweise kritisch gegenüber stehen, zeigt der Bericht von *Gunnar Hökmark* ein weitaus ambitionierteres Vorgehen auf.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110411IPR17410/html/Radio-spectrum-more-frequencies-for-mobile-internet-users>